

23. August 2017

METROBASEL

Denkfabrik diskutiert in Basel über Abschottungstendenzen und Protektionismus

Vertreter der Schweizer Wirtschaft und der Denkfabrik Metrobasel werden nicht müde, vor Abschottung und Protektionismus zu warnen.



Großkonzerne wie Novartis weisen seit Jahren auf die Risiken einer rigiden Abschottung hin und betonen die Bedeutung von Offenheit für den Erfolg der Unternehmen. Foto: dpa

BASEL. Vertreter der Schweizer Wirtschaft und der Denkfabrik Metrobasel werden nicht müde, vor Abschottung und Protektionismus zu warnen. Zwar konnte das Schweizer Bundesparlament im Dezember mit seinem sogenannten "Inländervorrang light", die Personenfreizügigkeit retten und vorerst eine Kündigung der bilateralen Verträge seitens der EU verhindern, ohne dass die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine Volksabstimmung angestrebt hätte. Die Initiatorin der 2014 knapp angenommenen "Initiative gegen Masseneinwanderung" (MEI) plant jedoch einen neuen Anlauf.

Die Veranstaltung von Metrobasel zum Thema "Abschottungstendenzen, Protektionismus und die Folgen für unsere Wirtschaftsregion" war nicht der erste in diesem Umfeld und wird kaum die letzte gewesen sein. Der Tenor bleibt indes immer derselbe. Die Schweiz und insbesondere die Region Basel seien auf Zuwanderung ebenso wie auf unbeschränkte Grenzgängerströme angewiesen. "Ohne sie geht gar

nichts", so Metrobasel-Direktorin Regula Ruetz diesmal. Die umgekehrten Beteuerungen von SVP-Nationalrat Lukas Reimann, selbstverständlich wolle man die Unternehmen nicht behindern, die Zuwanderung aber steuern können und nicht jeden nehmen, dies bei gleichzeitig weiterem freien Zugang zu den EU-Märkten, stießen auf dem Podium und im Saal auf Kopfschütteln. Regula Ruetz hatte dem schon zuvor eine deutliche Absage erteilt: "Für eine gute Wirtschaft ist Rosinenpickerei kein nachhaltiges Konzept".

"Den Traum, die Personenfreizügigkeit sei verhandelbar, können wir vergessen", darauf pochte umgekehrt Mario Gattiker. Der Direktor des Schweizer Bundesamts für Migration hatte sich in seinem Impulsreferat vor der Diskussion für eine weiterhin offene Schweiz stark gemacht. Wie stark die Wirtschaft auf Arbeitskräfte von außen angewiesen sei, zeige sich schon darin, dass Zuwanderung sich immer als konjunkturabhängig erweise. Auch habe die frühere Saisonier-Regelung zu mehr Zustrom geführt als heute. "Die Zuwanderung war in den 60er Jahren bei geringerer Bevölkerung höher", so Gattiker. Die Menschen, die heute in die Schweiz kämen, seien aber aufgrund des Wechsels zur Dienstleistungsgesellschaft viel höher qualifiziert. Etwa die Hälfte aller Krankenhausärzte in der Schweiz seien Ausländer.

Lukas Reimann, der seit 2014 auch als Präsident der "Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz" (AUNS) wirkt, die schon 1986 gegen den Schweizer UNO-Beitritt opponiert hatte, bewundert nach eigenem Bekunden die Briten und deren Entscheid für den Brexit 2016: "Ich glaube, wir können viel lernen von den Engländern", so der 34-jährige gebürtige Aarauer. Auch im Bezug auf die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit bei Erhalt der übrigen Vorteile einer Mitgliedschaft ist er zuversichtlich: "England wird da in der Verhandlung vorangehen."

Rudolf Minsch, Chefökonom des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, hält derartige Statements nicht nur für entbehrlich. Das immer neue Säbelrasseln ist seines Erachtens "höchst problematisch für den Wirtschaftsstandort Schweiz". Natürlich müsse man leben mit den Entscheidungen des Volkes und dem auch Rechnung tragen. Die Schweiz sei aber, ebenso wie andere auch, eingebunden in Wirtschaftsketten. "Wir können diese Vernetzung nicht wegdiskutieren." Regula Ruetz hatte bereits in ihrem Eingangsreferat gewarnt: "Die Schweiz verliert laufend an Attraktivität." Novartis-Personalleiter Thomas Bösch erinnerte daneben an die lange Geschichte des eigenen im weitesten Sinn schon 1758 und damit sogar 18 Jahre früher als die USA durch Johann Rudolf Geigy mitbegründeten Unternehmens. Offenheit sei seit Jahrhunderten unabdingbar gewesen, was auch weiterhin gelte: "Das wir aufeinander zugehen, ist unsere Stärke."

Der Basler Regierungsrat und Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Christoph Brutschin (SP) ist schon qua Amtes den großen Konzernen, aber auch den kleineren Betrieben verpflichtet. Auch für ihn steht das Thema Personenfreizügigkeit weit oben auf der Agenda. Bei Gesprächen vor geplanten Neuniederlassungen und großen Investitionen stünden bei den Unternehmen heute zwar Steuerfragen an erster Stelle. An zweiter folgten jedoch Fragen zur MEI-Umsetzung und an dritter zu den Drittstaatenkontingenten. Fast anekdotisch wirkt da ein historischer Rückblick. Das heutige Einwanderungsland Schweiz sei auch schon Auswanderungsland gewesen, das unter anderem im Hungerjahr 1816, erinnerte Brutschin, um hinzuzufügen: "Die Schweizer, die damals das Land verlassen haben,

würde man heute als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnen."

Autor: Annette Mahro

| WEITERE ARTIKEL: BASEL |

"Habe in Basel den Judenstaat gegründet"

Der Zionismus wurde 1897 in Basel zur politischen Bewegung – für die Stadt eine Verpflichtung? . **MEHR**

Bundespolizei greift Syrer mit gefälschtem griechischem Pass auf

Einen Syrer mit einem gefälschten griechischen Pass griff die Bundespolizei im Intercity zwischen Basel und Freiburg auf. Er wollte in Deutschland Asyl beantragen. **MEHR**

Sasha Carassi und Brian Sanhaji im Borderline Club in Basel

Das Basler Veranstaltungslab Absolut Techno beendet die Sommerpause. Zum Auftakt der zweiten Jahreshälfte laden sie Sasha Carassi und Brian Sanhaji in den Club Borderline ein. **MEHR**